

**ANFRAGE** von Daniel Wäfler (SVP, Gossau) und Erika Zahler (SVP, Boppelsen)

betreffend Ein Polizist redet Klartext - Brisante Aussagen eines Polizisten zur Sicherheitslage  
Wie gross ist der politische Handlungsbedarf?

Im Politblog von Tages-Anzeiger-Online vom 5. Februar 2016 erschien kürzlich unter dem Titel «Ein Polizist redet Klartext» ein Beitrag eines anonymen Polizisten «aus dem Kanton Zürich». Darin ist unter anderem zu lesen: «Wir haben ein grosses Gewaltproblem in der Schweiz. Das wahre Ausmass der Gewalt wird von den Behörden und der Politik verschwiegen und verharmlost. Dazu kommt, dass zahlreiche, auch schwere Delikte nicht mehr angezeigt werden, mangels Vertrauen in den Staat, die Täterschaft zu ermitteln und das Delikt adäquat zu ahnden.»

Weitere brisante Aussagen:

- «Tatsache aber ist, dass bei physischen Gewaltdelikten (Raub, Körperverletzungen, Tötlichkeiten etc.) und dem Handel mit Heroin und Kokain der Anteil an Personen mit Migrationshintergrund, inklusive eingebürgerter Personen, bei weit über 80% liegt. Der Grossteil der Gewalttäter stammt aus der Balkanregion. Doch Täter aus den Maghreb-Staaten holen mit grossem Tempo auf. Solche Tätergruppierungen bedrohen, berauben oder verprügeln oft grundlos einzelne Personen oder Personen in kleineren Gruppen. Obschon in vielen Fällen die Polizei schnell vor Ort ist, können die meisten Täter fliehen. Auf Anzeigen wird immer öfter verzichtet und eine Anzeigepflicht besteht nicht. Die Übergriffe werden nicht aktenkundig.»
- «Bei Einbürgerungen werden nur Verurteilungen berücksichtigt. Trotz Substanz führen zahlreiche Verfahren nicht zu Verurteilungen. Ein Grund dafür ist die Überlastung der Justiz. Jugendstraftaten werden bei Einbürgerungen nicht berücksichtigt.»
- «Unsere Institutionen sind überfordert mit Gewalttätern.»
- «Die Politik muss dringend aufhören, mit fragwürdigen statistischen Zahlen zu argumentieren. Die Statistik ist auch deshalb falsch, weil Personen, die während des Asylverfahrens aus Gründen der Straffälligkeit oder anderem untertauchen, im zentralen Migrationsinformationssystem (ZEMIS) als ausgereist geführt werden.»

In diesem Zusammenhang ersuchen wir den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Entsprechen die in dem Beitrag beschriebenen Zustände den Tatsachen?
2. Wenn ja, warum informieren Polizei und Sicherheitsdirektion nicht von sich aus über diese Zustände und schlagen von sich aus Massnahmen zu deren Behebung vor?
3. Wenn ja, was wird der Regierungsrat zur Beseitigung der kritisierten Zustände unternehmen?
4. Wenn nein, wie erklärt sich der Regierungsrat die ungewöhnliche Art und Weise der Publikation des Beitrags?
5. Herrscht im Polizeikorps ein Klima der Angst, das Angehörige dazu zwingt, die Öffentlichkeit im Schutz der Anonymität über Missstände zu informieren?
6. Was ist das korrekte Vorgehen, wenn ein Angehöriger des Polizeikorps Missstände feststellt, die offensichtlich systemisch begründet sind? Was würde passieren, wenn dieser Weg eingeschlagen worden wäre?
7. Haben irgendwelche kantonale Behörden oder Vertreter der Kantonspolizei zu irgendeinem Zeitpunkt Einfluss auf die Redaktion von Tages-Anzeiger-Online genommen mit dem Ziel, die Entfernung des besagten Blog-Beitrags zu erreichen oder die Identität des Autors in Erfahrung zu bringen?

Daniel Wäfler  
Erika Zahler